

Das Bundeshaus wird zum Schulzimmer

Politik nicht als Trockenübung im Schulunterricht, sondern direkt vor Ort – im Bundesparlament in Bern. 90 Jugendliche aus verschiedenen Landesteilen der Schweiz erfahren als Nationalrätinnen und Nationalräte im Rahmen eines Planspiels «Schulen nach Bern», was direkte Demokratie bedeutet und wie sie funktioniert. Künftig sollen solche Projektwochen in Bern mehrmals jährlich stattfinden.

Martina Johnson von der Eidgenössischen Partei für Umweltschutz ist die jüngste Nationalratspräsidentin der Schweiz. Die Sekundarschülerin aus Gais AR präsierte die Grosse Kammer während der einwöchigen «Session» vom 11. bis 15. Mai im Rahmen des Pilotprojektes «Schulen nach Bern».

Doris Fischer

Fünf Schulklassen der Sekundarstufe I aus drei verschiedenen Landesteilen konnten während einer Woche Staatskunde hautnah erleben und Politik gestalten – als Akteurinnen und Akteure. Oder wie Dora Andres, Präsidentin des Vereins «Schulen nach Bern» und Projektleiterin, an der Medienkonferenz erklärte: «Das Bundeshaus soll zum Klassenzimmer werden, in dem die Jugendlichen politische Instrumente, Prozesse und Inhalte realitätsnah kennen lernen können.»

Im als Planspiel angelegten Projekt lancierten die Jugendlichen verschiedene Initiativen, die sie in ihren Schulgemeinden vorbereitet hatten. Die Schule Gais beispielsweise reichte die «Initiative für 12 autofreie Sonntage» ein. Die Jugendlichen beschritten den Weg einer Initiative von der Parteigründung über die Unterschriftensammlung, die Bildung einer Fraktion bis hin zur Debatte im Nationalrat – in drei Landessprachen notabene und mit der ehemaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss als Vertreterin der Landesregierung. Mehrsprachigkeit ist eine zusätzliche Herausforderung im Projekt und soll die geopolitischen Verhältnisse in der Schweiz widerspiegeln. «Ich hätte nie gedacht, dass die Woche in Bern so spannend würde. Wir waren sehr nahe an der Realität», erklärte Martina Johnson. Dem positiven Eindruck konnte auch die Tatsache keinen Abbruch tun, dass die Initiative abgelehnt und stattdessen ein Gegenvorschlag für

lediglich 4 autofreie Sonntage zum Zuge kam.

«Politik schon ab Primarschulstufe»

Das zukunftsgerichtete Projekt des Vereins «Schulen nach Bern» steht unter der Schirmherrschaft der EDK, des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH, des Syndicat des Enseignants Romands SER und der EDK. Beat W. Zemp, Zentralpräsident des LCH, betonte unter anderem die Wichtigkeit der politischen Bildung: «Politische Bildung sollte bereits auf der Primarschulstufe einsetzen – für diese Stufe angemessen mit Schwerpunkten wie soziale Beziehungen, Mitbeteiligung und erleben, was Demokratie bedeutet.»

Im Lehrplan 21 seien zwar diesbezüglich Weichen gestellt, «allerdings noch nicht ganz zufriedenstellend», wie Beat W. Zemp bemerkte: «Zum Gelingen braucht es Verbindlichkeit, d.h. Lehrpersonen und Fachbereiche, welche die Federführung übernehmen und dafür genügend Zeit einsetzen können.»

Er wies aber auch darauf hin, was die Lehrpersonen unbedingt zu beachten haben: «Keine Indoktrination; die Meinung der Lehrperson zählt nur soviel wie diejenige der Schülerin oder des Schülers, umstrittene Themen dürfen nicht einseitig dargestellt werden.»

Erfahrungen als Medienschaffende

Die Jugendlichen lernten in dieser Woche nicht nur, sich auf dem politischen Parkett zu bewegen, sondern schlüpfen in die Rollen von Medienschaffenden, begleitet und angeleitet von Carol Rosa und weiteren Vertreterinnen von «Kultessen». Resultate präsentierten die «Journalistinnen und Journalisten» in ihrer Webzeitung. Unter anderem machten sie Interviews mit verschiedenen Nationalräten. Diese sind auf der Homepage von «Schulen nach Bern» im Originalton zu hören.

«Ich hätte nie gedacht, dass es so spannend würde. Wir waren sehr nahe an der Realität.»

Martina Johnson,
Nationalratspräsidentin im Planspiel
«Schulen nach Bern»

Für das Projekt wurde im Vorfeld ein Lehr- und Arbeitsbuch erarbeitet. Es enthält unter anderem die Spielanleitung für das Planspiel. Während der Pilotphase werden Erfahrungen und Erkenntnisse von Lernenden und Fachpersonen aufgenommen und die daraus resultierenden Ideen und Verbesserungsvorschläge aufgenommen. Ziel sei es, ein Standardwerk für den Staatskunde-Unterricht auf Sekundarstufe I in drei Landessprachen auf den Markt zu bringen, wie der Leiter des Hep Verlags, Peter Egger, erklärte.

Ab 2010 planen die Verantwortlichen jährlich sieben bis acht Projektwochen für Schulklassen der Sekundarstufe I und der Brückenangebote oder mehr, je nach Nachfrage, wie Dora Andres bestätigte. Die Daten stehen bereits fest. Für die Teilnehmenden des Pilotprojekts war die Woche in Bern kostenlos; dies dank Partnerinnen und Sponsoren (verschiedene Stiftungen, Swisslos und Loterie Romande). Für die folgenden Projektwochen wird ein Beitrag von 150 Franken pro Schülerin und Schüler erhoben. Auch in den künftigen Projektwochen sollen stets Klassen aus verschiedenen Sprachregionen beteiligt sein. Anmeldungen für die Projektwochen 2010 bis 2012 nimmt der Verein «Schulen nach Bern» ab sofort auf seiner Website entgegen.

Weiter im Netz

www.schulen-nach-bern.ch